

CDU-Wirtschaftsrat warnt vor Absturz der Partei

„Nicht die Klimapolitik als allein heilsbringend ansehen“

enn. BERLIN, 28. Mai. Der CDU-Wirtschaftsrat hat die Union davor gewarnt, nach der Schlappe bei der Europawahl einseitig auf das Thema Klimaschutz zu setzen, um Wähler zu gewinnen. „Die CDU darf die Umwelt- und Klimapolitik nicht als allein heilsbringend ansehen. Sie muss gepaart sein mit einer realistischen Wirtschaftspolitik“, sagte Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger am Dienstag in Berlin. Den Unternehmen in Deutschland habe schon die Energiepolitik der vergangenen Jahre – „eine Sturzgeburt nach Fukushima“ – sehr geschadet. Ihre Wettbewerbsfähigkeit leide unter den höchsten Strompreisen in Europa. Die Union müsse ihren einstigen Markenkern Wirtschaft stärken und mit dem Schwerpunkt Digitalisierung und Künstliche Intelligenz „mehr Lust auf Zukunft“ verbreiten.

Der scheidende Wirtschaftsrat-Präsident Hermann Bahlsen, dem auf dem Wirtschaftstag nächste Woche Astrid Hamker nachfolgen soll, warnte vor einer drohenden Marginalisierung der CDU, wie es Konservativen in Italien, Frankreich und England geschehen sei. Bahlsen verwies auf die jüngste Umfrage des Wirtschaftsrats unter den fast 12 000 Mitgliedern, die besonders mit

der Umwelt- und Klimapolitik der schwarz-roten Koalition sehr unzufrieden seien. „Oberstes Ziel muss es deshalb sein, CO₂-Emissionen mit den geringsten Belastungen für Bürger und Unternehmen einzusparen.“ Der Wirtschaftsrat wendet sich auch gegen das geplante Klimaschutzgesetz mit nach Sektoren getrennten Reduktionszielen, das Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) jetzt, ohne ein Votum des Kanzleramts abzuwarten, in die Ressortabstimmung gegeben hat. Das Klimakabinett der Regierung tagt an diesem Mittwoch zum zweiten Mal, die Minister müssen dort ihre Konzepte vortragen.

Insgesamt bewerten die Mitglieder des Wirtschaftsrats die Koalition noch schlechter als im Vorjahr. Der stärkste Vertrauensverlust ist in der Digitalisierungs- und Energiepolitik zu erkennen. Hier sind nur 11 Prozent der Befragten zufrieden, 10 und 8 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Unten in der Skala sind ferner die Steuerpolitik (15 Prozent), Verkehrspolitik (18 Prozent) sowie Umwelt- und Klimapolitik (21 Prozent) zu finden. 57 Prozent bewerteten das wirtschaftspolitische Profil der CDU/CSU als „gut“ oder „sehr gut“; die FDP erreichte hier 76 Prozent.